

Antrag Nr. 14

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. November 2021

NEUSTART FÜR SCHULEN NACH DER COVID-PANDEMIE

Für einen guten Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen ist entscheidend, ob Eltern über ausreichend Zeit, Bildung, Sprachkenntnis und Geld verfügen. Je mehr Eltern davon haben, desto mehr können sie dem eigenen Kind eine erfolgreiche Schullaufbahn ermöglichen, während andere Kinder ohne diese ressourcenstarken Eltern deutlich im Nachteil sind. Österreichs Schulen waren schon vor der COVID-Krise nicht in der Lage, jedem Kind gerechte Bildungschancen zu ermöglichen. Die COVID-Krise verschärft die bestehende Schieflage zusätzlich:

Die vielen Phasen des Home-Schoolings und ihre „Privatisierung“ der Lernprozesse haben die Ressourcen der Eltern mehr denn je herausgefordert. Neben den langen Wochen im Distance-Learning, waren viele Kinder und Jugendliche in Quarantäne oder von weiteren Schulschließungen betroffen. Im Detail: Zu den 74 vollständigen kamen noch 51 teilweise Schulschließstage, insgesamt war der Schulbetrieb in der Volksschule damit 125 Tage zumindest eingeschränkt, in den AHS-Unterstufen/Mittelschule waren das insgesamt 167 Tage seit Beginn der Pandemie. Zusätzlich waren alleine in den ersten Schultagen dieses Schuljahres knapp 700 Schulklassen in Quarantäne, die Anzahl geht seither zurück. Wo sie konnten, reagierten Eltern durch verstärkte Eigenleistungen und nahmen selbst die Rolle von Lehr- und Nachhilfe Kräften ein. Viele Eltern waren auch auf die Organisation externer Lernhilfen (etwa aus dem familiären Umfeld und Freundeskreis) angewiesen oder mussten die Kinder dem selbständigen Abarbeiten ihrer Aufgaben überlassen. So die Ergebnisse der Corona-Panel-Studie von Ulrike Zartler, „Corona: Arbeit und Care“. Jene Familien, die zusätzlich Schwierigkeiten bei der sprachlichen Bewältigung der Anforderungen des Home-Schoolings hatten, waren überfordert. Intensiver notwendiger Austausch mit Lehrkräften, das Nachvollziehen und Erklären von Aufgabenstellungen bis hin zur Absprache mit anderen Eltern war nicht oder nur erschwert möglich.

Doch auch die finanzielle Belastung stieg durch die COVID-Krise. Obwohl der Schulbesuch an einer öffentlichen Schule in Österreich per Gesetz kostenlos sein soll, zahlen Eltern beträchtliche Summen für den Schulbesuch und -erfolg ihrer Kinder. Im letzten Schuljahr mussten Eltern zusätzlich tief in die Tasche greifen, um die zB notwendige Technik – Laptops oder Tablets - für den Distanzunterricht zu besorgen. Wie die AK-Schulkostenstudie 2021 zeigt, gaben Familien durchschnittlich 1.468 Euro pro Schulkind insgesamt für Schulkosten aus. Vor allem armutsgefährdete Familien sind überproportional stark belastete.

Die offensichtlichen Mängel im österreichischen Schulsystem wurden in der COVID-Krise sichtbarer denn je. Es braucht daher einen Neustart im Schulsystem! Endlich müssen die Konsequenzen aus diesen Lehren gezogen werden: Schulen sollen eine Lernumgebung bieten, in der sich Kinder wohl fühlen, Sprachvielfalt gelebt werden kann und Lernziele erreicht werden. Dafür braucht es mutige Bildungspolitik und Investitionen in den Sozialstaat.

Forderungen:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert einen Neustart für Österreichs Schulen:

Ressourcenzuteilung an Schulen nach dem AK-Chancenindex: Jeder Standort soll abhängig von den jeweiligen Herausforderungen mit ausreichend Lehrer- und Unterstützungspersonal ausgestattet werden. Damit ist sichergestellt, dass Schulen jedes Kind zum Lernerfolg begleiten können.

Ausbau und Investitionen in die Schulinfrastruktur für Ganztägigkeit und Digitalisierung: Schulen müssen so organisiert werden, dass sie Kinder und Jugendliche auf den Strukturwandel vorbereiten können. Insbesondere der Digitale Wandel und ganztägige Schulzeiten brauchen Investitionen in den Schulbau.

Effektivere Sprachförderung schon ab dem Kindergarten entsprechend dem AK-Sprachschlüssel erreichen: Es braucht eine Qualitätsoffensive und intensivere sprachliche Frühförderung im Kindergarten sowie kontinuierliche Weiterentwicklung der Sprachförderung und Auflösung der Deutschförderklassen.

Kinder im Heimunterricht schützen: Um Kinder, die von ihren Eltern von der Schule abgemeldet wurden, nicht aus den Augen zu verlieren, fordert die Arbeiterkammer bei der Anmeldung zum Heimunterricht die Motive für die Abmeldung von der Schule zu erheben, sowie die Familien mit aufsuchender Sozialarbeit zu unterstützen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich